Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 4

Artikel: Internationaler Sozialismus und das englische Kolonialproblem
Autor: Furrer, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336191

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PAUL FURRER

Internationaler Sozialismus und das englische Kolonialproblem

Harold Laski ist nicht der einzige politische Schriftsteller, der sich Rechenschaft zu geben sucht, in welchem Umfange internationale Solidarität und freiwillige Zusammenarbeit als Verwirklichung der sozalistischen Idee Fuß gefaßt haben. Er kommt auf Grund seiner Untersuchung zum Ergebnis, daß seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis auf unsere Zeit nur zwei internationale Organisationen Weltgeltung erlangt haben. Es sind dies die römisch-katholische Kirche und – der Weltpostverein.

Über die Bedeutung des römischen Machtapparates will Laski keine Worte verlieren; sie ist ja tatsächlich seit Jahrhunderten bekannt. In der völkerverbindenden Funktion des Weltpostvereins sieht er gewisse Möglichkeiten für die Anbahnung internationaler Zusammenarbeit, die an anderer Stelle eröffnet werden sollen. Wie kommt es aber, fragt sich Laski, daß die sozialistische Arbeiterbewegung, die ihrer Natur nach alle Grenzen überwinden müßte, auf internationalem Boden so wenig positive Wirkung gehabt hat? Es sind wohl einzelne, bewunderungswürdige Beispiele sozialistischer Solidarität zu verzeichnen, um nur den Streik der englischen Dockarbeiter zu erwähnen, der Churchills Interventionskrieg gegen Rußland (1918–1920) ein Ende setzte. Sporadisch, und oft nur auf einzelne Gruppen innerhalb der Arbeiterpartei sich stützend, fielen sie nicht ins Gewicht gegenüber dem ungeheuren Versagen der internationalen politischen Organisation, wie es im ersten Weltkrieg zutage trat. Damals wurden wohl Resolutionen gegen den Krieg gefaßt, zu Beschlüssen aber und deren entschlossener Durchführung reichte die Kraft oder der Wille nicht. Kriegsgegnerschaft, die bis zur Selbstaufopferung ging, stammte aus anderen, nichtsozialistischen Kreisen (Quäker). Bei den Sozialisten der zweiten Internationale war es vielmehr so, wie Laski es formuliert, daß sich keine der nationalen Organisationen an internationale Abmachungen hielt, die den nationalen Interessen, wie sie sie verstand, zuwiderliefen. Was mit Sozialismus einherging, war nicht Internationalismus, wie man sich in der Führerschaft gerne einredete, sondern Selbstbestimmungsrecht. Sogar die Bolschewisten waren, nach dem Ausbleiben der Weltrevolution, gezwungen, an den Nationalismus des russischen Volkes zu appellieren, um sich in den Interventionskriegen halten zu können.

Der erste Versuch, eine Welt der Nationalstaaten für die Aufgabe der Friedenssicherung in einem Völkerbund zusammenzufassen, mißlang. Auch der zweite Versuch krankt an derselben konstitutionellen Schwäche absoluter Staatssouveränität. Da die Situation auch jetzt schon wieder in eine Sackgasse zu führen droht, werden Versuche gemacht, unter Preisgabe der Einheit, wenigstens unter kleineren Staatsgruppen einen Schein von Zusammenarbeit zu wahren. Laski sieht in den Methoden internationaler Zusammenfassung, wie sie heute propagiert werden (Atlantikpakt oder Westpakt usw.), keinen Weg zu unternationaler Verständigung und Frieden. Zusammenschluß auf Grund der Truman-Doktrin, das heißt in einem militärischen Bündnis, kann, nach seiner Auffassung, nie zu einem Wachstum gemeinsamer Ziele führen, ja, er sichert nicht einmal die gegenseitige Toleranz, die zur Erhaltung des Friedens nötig ist. Das Aufgehen in einem Weltstaat, das wir alle wünschen müssen, kann jedoch nur Stufe um Stufe erfolgen, dadurch, daß Völker mit tiefer Lebenshaltung von solchen mit höherem Standard unterstützt und beraten werden. Ueberdies ist Laski überzeugt, daß ein solcher Zusammenschluß auf Grund sozialistischer und demokratischer Planung erfolgen muß, Stufe um Stufe, denn bei Entscheidungen, die grundlegende Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens herbeiführen, ist Zeit ein wichtiger Faktor auf demokratischer Grundlage, denn der Preis, der für zwangsweises Verfahren an Rebellionen und Unterdrückung zu zahlen ist, wäre zu hoch.

Nach Laski führt der sicherste Weg zum Weltföderalismus über die Zusammenarbeit der souveränen Staaten von heute auf gewissen, alle interessierenden Gebieten, über «funktionellen Föderalismus», wie er ihn nennt. Ein Beispiel funktioneller Zusammenarbeit sieht er zum Beispiel im Weltpostverein und dem Telegraphen- und Telephonwesen. Dies sind Institutionen, die, mit einem Mindestmaß an internationaler Organisation, der ganzen Welt wichtigste Dienste leisten. Ähnliche Entwicklungen lassen sich voraussehen für internationale Luftlinien, von denen heute schon viele staatlich oder gemischtwirtschaftlich betrieben werden. Auch auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs und der Energieproduktion ist internationale Zusammenarbeit denkbar, oder sie findet bereits statt. Für die Herstellung bestimmter Waren in einem Lande, das dafür besonders günstige Bedingungen aufweist, ließen sich ebenfalls bilaterale oder multilaterale Abkommen treffen. Weitere Erholung und Angleichung des Wirtschaftsvolumens dürfte zu Währungsvereinbarungen internationalen Charakters führen. In den erwähnten, wie in unzähligen andern denkbaren Fällen erfolgt Preisgabe eines Stückes souveräner Macht, zugunsten einer überstaatlichen Autorität, und damit eine Verminderung politischer oder wirtschaftlicher Reibungsflächen. Der Nationalismus würde sich so allmählich

aus dem Gebiete der Wirtschaft zurückziehen und nur noch auf kulturellem Gebiet weiter bestehen. Laski hält es für wahrscheinlich, daß auf diese Art auch für die Erschließung und Entwicklung der Kolonien ein Weg internationaler Zusammenarbeit gefunden wird. Es wäre Aufgabe der Gewerkschaften, darüber zu wachen, daß die Unterschiede zwischen den Arbeitsbedingungen der einzelnen Länder, also auch der Kolonien, sich verringern, damit kein Land das andere ausnützen kann.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Gewerkschaften der kapitalistischen Länder in erster Linie bestrebt waren, für die Mitglieder ihrer Landesorganisation ein Maximum an Besserstellung herauszuholen, wirkt die Aufgabe, die Laski ihnen hier stellt, als ein Novum. Die Gewerkschaften traten bis anhin immer für Schutzzölle ein und bekämpften, besonders im englischen Sprachgebiet die Einwanderung billiger Arbeitskräfte, zum Beispiel Farbiger. Diese Tendenz zur Abschließung hat sich, nach Laski, trotz gelegentlichen Gesten der Solidarität mit ausländischen Arbeitskameraden, fast überall verschärft., so daß man, wiederum nach Laski, die Behauptung aufstellen darf: Je stärker in einem Land die Gewerkschaftsbewegung ist, um so ausgesprochener ist ihr Bestreben, sich mit einer fremdenfeindlichen Politik ihres Staates zu identifizieren. Dies ist nicht ein Vorwurf an die Arbeiter allein. Dieselbe Ausschließlichkeit gegen fremde Konkurrenz finden wir zum Beispiel bei der stärksten aller Gewerkschaften, der Gesellschaft der Ärzte, brachte es doch die englische B. M. A. (British Medical Association) nach 1933 fertig, selbst weltberühmten Aerzten das Praktizieren zu verbieten, bis sie sich durch zeitraubende Prüfungen die nötigen Papiere erworben hatten.

Der schwerste Vorwurf, den man den sozialistisch eingestellten Gewerkschaften Englands, wie allerdings auch anderer Kolonialländer machen muß, ist, daß sie schweigend mitansahen wie ihre moderne Industrie das angestammte Wirtschaftssystem kolonialer Völker Afrikas und Asiens rücksichtslos zerstörte und damit Millionen von Eingeborenen dem Hungertode und dauerndem Elend auslieferte. Sie protestierten nicht gegen die schamlose Ausbeutung dieser Völker, wurde doch die Lebenshaltung der europäischen Arbeiter dank dieser Ausbeutung nicht unwesentlich verbessert.

Der zweite Weltkrieg, der die Kolonialmächte zwang, sich aufs äußerste einzusetzen, um nicht selbst in Sklaverei zu geraten, mag dazu beigetragen haben, besonders den Gewerkschaften das Bewußtsein zu schärfen, die Verpflichtungen, die sie als Gewerkschaften den Kolonien gegenüber hatten, einzuhalten. Jedenfalls publizierte die britische Labourpartei 1943[1], also mitten

[1] The Colonies. Colonial Programm of the Labour Party, Transport House 1943.

im Krieg, ein Programm, das ihre Nachkriegs-Kolonialpolitik festlegte. Interessant daran sind vor allem verschiedene Feststellungen über das Los der Eingeborenen. «Die Bevölkerung der britischen Kolonien in Afrika und im Pazifik steht, in bezug auf Lebensstandard und ihren Anteil an all dem, was man unter Zivilisation versteht, tiefer als die meisten Völker und Nationen der Erde.» «Ihr Gesundheitszustand wird, mit seinen katastrophalen Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Art (ein Arzt auf 60 000 Personen), kaum irgendwo unterboten.» «Es besteht Zwangsarbeit, mindestens indirekt, indem die männlichen Eingeborenen durch Kopfsteuern gezwungen werden, aus ihrem Stammgebiet auszuwandern und sich bei weißen Pflanzern oder in Bergwerken zu verdingen.» Der Bericht verschweigt, daß die Arbeit in den Minen oft ihren baldigen Tod oder dauerndes Siechtum zur Folge hat. «Schulungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind kaum vorhanden. Auch der geschulte Eingeborene darf, seiner Hautfarbe wegen, nur niedrigste Arbeit verrichten.»

Das Bestehen dieser Übel, neben vielen anderen, anerkannte die Labourpartei und suchte ihnen zu begegnen. Sie faßte ihr Verhältnis zu den Kolonien als «trust» auf, als Verpflichtung, die Kolonien auf ihre Selbstverwaltung vorzubereiten. Schon 1940 übrigens war ein Gesetz (Colonial Development and Welfare Act) zur Hebung der Kolonien in Kraft getreten, mit jährlichen Aufwendungen von 5 Millionen Pfund, die 1945 auf 12 Millionen erhöht wurden, was angesichts der Größe der Aufgabe allerdings eine lächerlich geringe Summe darstellt. Man vergleiche damit die Summen, die Großbritannien für seine Bevölkerung von 48 Millionen auf Sozialdienste (Schulen, Wohnungen, Gesundheit) verwendet – 1948: 562 Millionen Pfund.

Wie sucht nun die Labour-Regierung, die seit 1945 an der Macht ist, und die man als Gewerkschafts-Regierung bezeichnen kann, ihr Kolonialprogramm zu verwirklichen? Mit einem Wort: ihrer Lage entsprechend. Der Krieg hat Großbritannien wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes und auf Jahre hinaus in drückende Abhängigkeit gegenüber den USA gebracht. Die britische Regierung ist gezwungen, sich für einen möglichst großen Teil ihrer Lebensmittel- und Rohstoffimporte von den Hartwährungsländern unabhängig zu machen. Darum die Forcierung der Eigenproduktion durch Subsidien an die englische Landwirtschaft (1948: 307 Millionen Pfund, das heißt etwa 3,4 Milliarden Schweizerfranken, zum freien Pfundkurs gerechnet), deren Ertrag bis 1952 um 50 Prozent gegenüber den Vorkriegsjahren gesteigert werden soll. Es wurde offenbar gründlich untersucht, in welchem Umfang auch die Kolonien in den Dienst dieser Produktionssteigerung gestellt werden können. Eine interessante Studie des *Fabian Colonial Bureau* gibt darüber einigen

Aufschluß. Sie enthält unter anderem eine Zusammenstellung der Güterkategorien, deren Produktion gesteigert werden sollte, und weist zugleich auf die Schwierigkeiten hin, auf die man stößt. Nehmen wir ein Beispiel. England sucht einen Ersatz für seine Fleischimporte aus Argentinien. Können die afrikanischen Kolonien Fleisch exportieren? Das Fabier-Gutachten äußert sich darüber wie folgt: 1. Die Fleischindustrie muß das ganze Schlachttier nutzbringend verwerten können. Dafür sind die industriellen Anlagen nicht vorhanden. 2. Fleisch aus Ländern, in denen Viruskrankheiten auftreten, darf nicht in England eingeführt werden. Da in allen afrikanischen Kolonien die Rinderpest endemisch ist, müßte zunächst deren Bekämpfung auf internationaler Grundlage erfolgen. 3. Die Qualität des afrikanischen Viehs ist für den Export ganz ungenügend, Verbesserung der Weiden, eventuell Kraftfutter wäre nötig. 4. Die Viehhaltung der Eingeborenen müßte umgestaltet werden, ihre Tiere sind für sie keine Handelsware. 5. Gefrieranlagen für Lagerung und Transport fehlen vollständig.

Wie man sieht, ein ganz negativer Bericht.

Im Gegensatz dazu ist die Produktion von Erdnüssen (Öl) in Tanganjika bereits in großem Maßstabe aufgenommen worden und soll bis 1953 auf 550 000 t gesteigert werden. Im ganzen werden in diesem Gutachten die Produktionsmöglichkeiten für die englischen Kolonien von etwa einem Dutzend Rohstoffen oder Lebensmittel untersucht (Schweinefleisch, Milchprodukte, Geflügel und Eier, Häute, Reis, Mais, Hirse, Flachs, Jute, Baumwolle, Palmöl usw.), wobei das Ergebnis oft lautet: «Produktionstseigerung nur nach gewaltigen Investitionen möglich, keine kurzfristigen Erfolge in Aussicht.» Und doch wäre auch nach dem Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO 1948 (damaliger Direktor Sir John Boyd Orr) vermehrte Lebensmittelerzeugung dringend nötig, wenn die Bevölkerung der Erde, die jährlich um 20 Millionen zunimmt, im Laufe der nächsten 50 Jahre nicht zugrunde gehen soll. Konkret ausgedrückt, fordert der Bericht der UNO, auf den auch die Fabier-Broschüre hinweist, eine Verdoppelung der Lebensmittelerzeugung innerhalb von 25 Jahren. Daran sollten auch die Kolonien ihren Anteil leisten, findet die britische Regierung.

Die Kolonialvölker, so geht aus der Fabier-Broschüre hervor, hegten wesentlich andere Erwartungen. Sie sind durch die politischen Ereignisse, und besonders natürlich durch die Vorgänge im Fernen Osten, aufgewühlt und fühlen, daß sie ihrerseits eine Rechnung zu präsentieren haben.

In welchem Umfange kommt ihnen die Labour-Regierung entgegen? Wir erwähnten die 12 Millionen Pfund, die jährlich à fonds perdu für die Kolonien aufgewendet werden sollen. Außerdem wurden die Kolonien eingeladen, ein

Zehnjahresprogramm ihrer Forderungen einzureichen, was bis Mitte 1948 geschah. Dieses Programm, dessen Aufwendungen (178 Millionen Pfund, auf 10 Jahre verteilt) in der Hauptsache auf Verkehrswege, landwirtschaftliches Siedelungswesen und soziale Dienste, Spitäler, Volks- und technische Schulen sich erstrecken, soll teilweise aus Einkünften der Kolonien, teils aus Beiträgen der britischen Regierung finanziert werden. Es findet, so weit es reicht, die Zustimmung der Kolonialbevölkerung, deren Wünsche nun auch durch die Gewerkschaften zum Ausdruck kommen.

Ob die Durchführung dieses Programms des sozialen Ausbaus von der Mitarbeit der Bevölkerung an anders gearteten Plänen der britischen Regierung abhängig gemacht werden soll, ist aus der Broschüre des *Fabian Colonial Bureau* nicht ersichtlich, aber durchaus möglich. Schon 1946 nämlich wurde in einzelnen afrikanischen Kolonien mit der Forcierung des Exportes von Rohstoffen begonnen. 1947 erfolgte die Gründung der britischen *Colonial Development Corporation* und der *Overseas Food Corporation* (Überseeische Lebensmittel-Export-AG), beides sehr kapitalkräftige Privatunternehmungen, von der Art der *United Africa Company*, die den Afrikanern nur zu gut bekannt ist. Die Erdnußplantagen in Tanganjika gehörten zu den ersten Anlagen der Lebensmittel-Export-AG. Je mehr die Eingeborenen von den Exportplänen der britischen Regierung erfuhren, um so mißtrauischer wurden sie. Das war doch nur eine neue, noch raffiniertere Art der Ausbeutung zugunsten der Weißen. Sie hatten schon immer nur die niedrigste Arbeit in Minen und auf Plantagen machen müssen, und besonders die Rohstoffkrise der 30er Jahre war ihnen noch in schlimmster Erinnerung. Was Wunder, daß für sie heute Rohstoffproduktion und Armut ein und dasselbe bedeutet.

Es ist der Labour-Regierung bisher nicht gelungen, die Eingeborenen für ihre Pläne zu gewinnen. Dies kam, wenn auch sehr diskret, im Budgetausschuß des britischen Parlaments zum Ausdruck, wo anläßlich der Beratung von Plänen für Nigeria zugegeben wurde, «daß man zuwenig daran gedacht habe, die öffentliche Meinung in der Kolonie mit den Projekten der verschiedenen Ausschüsse bekannt zu machen». (5. Rapport des Budgetausschusses, Session 1947–1948). In Wirklichkeit war es so, daß die gewählten Vertreter des Volkes, im Unterschied zu den von der Regierung approbierten, bei verschiedenen Projekten überhaupt nicht konsultiert wurden. Es war dies zum Beispiel bei den Plänen für die Erdnußplantagen der Fall, wo die Bevölkerung mehr oder weniger vor ein fait accompli gestellt wurde. Es ist darum nicht verwunderlich, daß bei solchem Vorgehen die afrikanische Gewerkschaftsbewegung für die Regierungspläne nur ein zynisches Lächeln hat und sich nicht dafür interessiert. Wenn man vollends die *United Africa Company*, ein Konsortium, das bei den

Afrikanern im schlechtesten Ruf steht, Verhandlungen für Regierungsprojekte führen läßt, so genügt dies, um die Eingeborenen von der Mitarbeit abzuschrecken.

Sie sind bereit, mitzuwirken, wenn die sogenannte «Entwicklung» der Kolonien von den leitenden Stellen wirklich als Partnerschafts-Unternehmen durchgeführt und ihren Wünschen nach sozialer und wirtschaftlicher Besserstellung Rechnung getragen wird. Sie verlangen Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Eingeborenen. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, so ist ihr Interesse für gigantischen Export, für Kraftwerke, neue Kupferminen und ähnliche Pläne, die hinter ihrem Rücken ausgeheckt werden, gleich Null.

Einer ihrer Wünsche war, die Kolonialregierung möchte etwas für ihre Konsumgüter-Industrie tun, so daß sie für Artikel des täglichen Gebrauchs etwas weniger vom Auslande abhängig wären. Dieser Wunsch wurde ihnen rundweg abgeschlagen. Sir Stafford Cripps sagte in seiner Rede vor afrikanischen Gouverneuren (November 1947): «Der verfügbare Stahl wird im Interesse der Welt, wie auch der Kolonien, am besten für die Förderung der Lebensmittel- und Rohstoffproduktion eingesetzt.» Es ist anzunehmen, daß sich die Afrikaner sagen, sie seien schon zu oft gegenüber den Interessen der Welt – das heißt für sie: der Weißen – zu kurz gekommen.

Offenbar hat auch der breite Spielraum, den die britische Regierung *privaten* Unternehmungen gewährt, das Mißtrauen der Eingeborenen verstärkt. Sie wissen aus Erfahrung, daß deren Pläne nicht im Hinblick auf das Wohlergehen der Eingeborenen, sondern auf möglichst hohe Rendite gefaßt werden. Auch die stereotype Erklärung, daß solche Erschließung der Kolonien «schließlich auch ihnen zum Vorteil gereiche», macht ihnen keinen Eindruck mehr. Sie sind zudem besser informiert als auch nur noch vor 20 Jahren. Wenn einer der Unternehmer-Imperialisten der alten Schule, die nun ihre guten Zeiten wieder gekommen wähnen, in London eine Rede hält, in der er die Kolonien als «das Arsenal und die Schatzkammer der Kolonialmacht», und den Eingeborenen als «guten Kerl» bezeichnet, den man nur «bei guter Laune und vollem Bauch erhalten müsse, um ihn vor dem Bazillus des Kommunismus zu bewahren», so werden solche Aussprüche sehr bald unter den Afrikanern bekannt. (Aus einer Rede von Sir Miles Thomas vor dem Verband der Maschinen-Industriellen in London im Oktober 1948. Die Rede wurde am 21. Oktober 1948 in der afrikanischen Zeitung «East Africa and Rhodesia» veröffentlicht.)

Eine Meldung, dem Handelsteil der «NZZ» (2. März, 3. Ausgabe) entnommen, soll zum Schluß zeigen, daß auch die heutige Gewerkschafts-Regierung, trotz anerkennenswert fortschrittlicher Einstellung ihren Kolonien gegen-

über, von der imperialistischen Vergangenheit Großbritanniens nur schwer loskommt und nur zu leicht die Prinzipien sozialistischer Solidarität mit Andersrassigen hintanstellt, wenn es gilt, die Großmachtstellung Englands zu verteidigen. Die «NZZ» berichtet von großzügigen Plänen des britischen Kolonialministeriums für die Feststellung neuer Rohstoffvorkommen. Etwa 10 Millionen Schweizerfranken, davon 6 von der Marshallhilfe, sollen aufgewendet werden für luftphotographische Aufnahmen großer Landstriche und zur Untersuchung tatsächlich bekannter Mineralienvorkommen. Verschiedene Pläne für die Erweiterung der kolonialen, britischen Rohstoffproduktion – unter anderen der Ausbau der nordrhodesischen Kupfererzeugung – haben einen fortgeschrittenen Stand erreicht. Obwohl diese Projekte vornehmlich der Steigerung der Rohtsofflieferungen an die amerikanische Kriegsreserve dienen, können sie sehr bald einen fühlbaren Einfluß auf die internationalen Rohstoffmärkte gewinnen. Es besteht die Absicht, etwa 55 Fachleute (Geologen, Petrologen, Mineralchemiker und Ingenieure) in den Vereinigten Staaten anzuwerben und in die Suche nach neuen Mineralvorkommen in Britisch-Afrika, Südostasien und Guiana einzuspannen.»

Wenn man weiß, daß die ganze Uranproduktion von Belgisch-Kongo vertragsgemäß an die USA geht, ist wohl die Vermutung berechtigt, daß es sich hier um die Einleitung ähnlicher Dollar bringender Geschäfte handelt. Es ist dieses Zusammenspiel der britischen Regierung mit den USA jedenfalls nicht jene internationale Zusammenarbeit, die Laski voraussieht. Sie wird zum Beispiel kaum den Zweck haben, das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Kolonialvölker an die Lebenshaltung Großbritanniens anzugleichen. Sie widerspricht im Gegenteil allen Wünschen der Kolonialvölker, indem sie sie zwingt, weiter «die niedrigste und schwerste Arbeit zu leisten, um durch ihre Armut und Unwissenheit einen diskreditierten Imperialismus am Leben zu erhalten». (Aus der Resolution des 5. Pan-Afrikanischen Kongresses 1945, Manchester.)

Dies ist noch nicht alles. Dieselbe britische Arbeiterregierung kann es offenbar auch nicht verhindern, daß Süd-Afrika, unter Malans Regierung der Herd reaktionärster Unterdrückungspolitik, die beiden Kolonien, Nord- und Südrhodesien, unter seinen Einfluß zu bringen sucht. Wenn es den weißen Siedlern mit Hilfe Süd-Afrikas gelingt, für diese beiden Kolonien, eventuell noch für weitere, Dominionstatus zu erlangen, so wird sich, aller Voraussicht nach, wiederholen, was in Süd-Afrika geschieht.

Wir glauben, daß Laski die Geduld der Kolonialvölker überschätzt. Der Zeitfaktor, auf den er so großes Gewicht legt, besteht eben auch für sie, nur in einem anderen Sinn. Wenn sie gar den Eindruck bekommen, daß selbst ein langsamer Fortschritt in Frage gestellt ist, so muß sich die Labour-Regierung

auf schlimme Ausbrüche gefaßt machen, denn die Einstellung der Kolonialvölker ist unmißverständlich. «Wir sind entschlossen, uns frei zu machen. Wir brauchen Schulung. Wir wollen das Recht, einen anständigen Lohn zu verdienen (Farbenschranke!), das Recht, unseren Gedanken und Gefühlen Ausdruck zu geben, Schönheit in uns aufzunehmen und zu schaffen. Wir verlangen für die Schwarzen Afrikas Selbständigkeit und Unabhängigkeit, so weit es in dieser unteilbaren Welt Völkern möglich ist, sich selbst zu regieren, ohne mit der unfehlbar sich verwirklichenden Weltföderation in Konflikt zu kommen.» (5. Pan-Afrikanischer Kongreß, 1945.)[2]

---

[2] Quellen: 1. Harold Laski, Socialism as Internationalism, Fabian International Bureau, Feb. 1949. 2. Rita Hinden, Commonsense and Colonial Development. Fabian Colonial Bureau, Feb. 1949. 3.The Colonies. The Labours Party's Post-Ware Policy for the African and Pacific Colonies, Transport House 1943.

CHARLY GUYOT

Romain Rolland et nous

Les réputations sont chose capricieuse. Péguy notait, en 1910, que le *Beethoven* de Romain Rolland, paru sept ans plus tôt dans les *Cahiers de la quinzaine,* avait été non seulement « le commencement de la fortune littéraire » de l'écrivain, mais « la révélation, l'éclatement, la soudaine communication d'une grande fortune morale ». Les dix volumes de *Jean-Christophe* vinrent ensuite consacrer la gloire de leur auteur. Rolland obtenait, en 1913, le Grand prix de littérature, fondé par l'Académie française. L'année suivante, c'était la guerre. Rolland donnait, à partir du 2 septembre, au *Journal de Genève,* les articles fameux d'*Au-dessus de la mêlée.* L'écrivain fut en butte, dès lors, aux plus violentes attaques. Après avoir connu la plus grande célébrité, il devint, dans les milieux même qui avaient fait son succès, l'objet d'un injuste décri. Je ne crois pas trahir la vérité en disant que, dans l'entre-deux guerres, il fut environné d'un demi silence. Et – je l'ai constaté à maintes reprises – pour les jeunes gens qui, aujourd'hui, lisent Malraux, Sartre ou Aragon, Romain Rolland n'est trop souvent qu'un nom. Un nom illustre certes, mais qui désigne non pas tant l'auteur d'une œuvre littéraire bien vivante que l'apôtre applaudi ou honni d'un évangile humanitaire et social. Oui, pour toutes sortes de raisons, dont quelques-unes tiennent à Rolland lui-même, mais dont les principales ressortissent à cette entreprise d'empoisonnement général, d'obnubilation de